

Politischer Jahresbericht

Mexiko/Mittelamerika 2008



Mexiko-Stadt

Regionalbüro Mexiko, Mittelamerika, Karibik, 2008

Von Ingrid Spiller

März 2009

Inhalt

Mexiko	3
El Salvador	5
Nicaragua	6

Mexiko

In Mexiko zeichnete sich 2008, dem zweiten Regierungsjahr Präsident Calderóns, eine generelle Zufriedenheit mit dessen Präsidentschaft ab. Eine Umfrage der Tageszeitung „Reforma“ im Dezember 2008 zeigte, dass trotz Verschlechterung der Wirtschafts- und Sicherheitslage die Zustimmung in der Bevölkerung bei 60 Prozentpunkten lag. Auf die Frage, was der Hauptgrund für die Zufriedenheit sei, antworteten 33 Prozent, dass Calderón sein Amt ernst nehme, 20% antworteten, dass er sich der Probleme der Mexikaner annehme, 8% waren der Ansicht, dass man einen Präsidenten uneingeschränkt unterstützen müsse und 5%, dass Calderón ein „guter Mensch“ sei. Nur 17 % begründeten ihre Zustimmung mit den guten Ergebnissen seiner Präsidentschaft. Zu Calderóns Hauptanliegen zählt der Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Seine Strategie, mit gewaltsamen Mitteln und Einsatz des Militärs gegen die Mafia vorzugehen, war bislang jedoch wenig erfolgreich, sondern hat im Gegenteil eine unglaubliche Gewaltwelle hervorgebracht. Allein 2008 gab es mehr als 5000 Morde im Zusammenhang mit dem Drogenhandel, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Ähnlich sieht es mit dem Korruptionsproblem aus: Korruption im Sicherheitsapparat bis hin in den höchsten Stellen ist weit verbreitet, die spektakuläre Enttarnung und Verhaftung wichtiger Funktionäre (z.B. innerhalb der Staatsanwaltschaft der ehemalige Vorsitzende der Spezialabteilung gegen das Organisierte Verbrechen, Noé Ramírez Randujano, der wegen Verbindungen zur Drogenmafia festgenommen wurde), zeigen nur die Spitze des Eisbergs.

Im November kam der mexikanische Innenminister Juan Camilo Mouriño, ein enger Vertrauter des Präsidenten, gemeinsam mit dem ehemaligen stellvertretenden Staatsanwalt gegen das organisierte Verbrechen, José Luis Vasconcelos, und anderen staatlichen Funktionären bei einem Flugzeugabsturz im Zentrum von Mexiko-City ums Leben. Während die Regierung offiziell einen Pilotenfehler als Absturzursache angibt, glaubt ein großer Teil der Bevölkerung, dass das Organisierte Verbrechen dabei seine Hände im Spiel gehabt hat. Unabhängig davon, welche Version stimmt, zeigt allein schon diese Einschätzung, wie desolat die Sicherheitslage im Land ist.

Die Wahrscheinlichkeit, wegen eines Verbrechens angeklagt und strafbar gemacht zu werden, ist gering - in 97% der Fälle gab es keine weitere Strafverfolgung. Straflosigkeit wird somit auch als eine der Hauptursachen für die prekäre Situation des Landes angesehen. Auch die Menschenrechtssituation blieb im Jahr 2008 weiterhin prekär: So wurden Berichte über die Zwangssterilisierung von 14 indigenen Frauen bekannt. In Oaxaca wurden zwei indigene Journalistinnen eines kommunalen Radios ermordet, eigentlich ein Fall für die extra eingerichtete Strafverfolgungsbehörde für Straftaten an JournalistInnen. Diese weigerte sich jedoch, den Fall an sich zu ziehen mit der Begründung, es habe sich ja „nur um Hausfrauen“ gehandelt. Die Anwältin und Koordinatorin des Menschenrechtszentrums für Frauen, die sowohl national als auch international für ihre

Anklagen in den Frauenmordfällen in Ciudad Juárez und Chihuahua bekannt ist, erhielt Morddrohungen.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch Mexiko mit sich gerissen. Nachdem Präsident Calderón und Finanzminister Carstens lange Zeit negiert hatten, dass die Krise des nördlichen Nachbarn USA auch Mexiko erfassen wurde, schenkte ihnen spätestens im Monat Oktober niemand mehr Glauben: Die Deviseneinnahmequellen Export, Rücküberweisungen der MigrantInnen und Tourismus brachen ein, die mexikanische Währung stürzte ab, die Inflation schnellte in die Höhe und die mexikanische Börse erlebte ihren schwärzesten Monat des Jahres.

Auch die Erdölkrise hinterließ deutlich ihre Spuren. Mexiko, weltweit der sechstgrößte Rohölproduzent, ist wirtschaftlich (37% des Staatshaushalts) sowie energetisch (92% der Energieressourcen) stark von seinen fossilen Brennstoffen abhängig. Aufgrund fehlender technologischer Erneuerungen und der viel zu hohen Steuerquote für die Rohöleinnahmen (diese dient zur Sanierung des Staatshaushalts) nahm die Erdölproduktion jährlich um beinahe 20% ab. Geht diese Tendenz weiter, ist es wahrscheinlich, dass Mexiko ab 2012 Erdöl importieren muss. Um diese Krise zu überwinden, präsentierte Calderón 2008 eine Reforminitiative, die – nach heftigen Debatten und sozialen Mobilisierungen - von den drei großen politischen Parteien bestätigt wurde. Die Energiereform wurde jedoch nicht darauf hin konzipiert, das Energieproblem langfristig zu lösen, sondern bezieht sich auf den Umgang mit den Öleinnahmen. Dem halbstaatlichen Erdölkonzern Pemex werden nun größere Einnahmen für dessen technologische Entwicklung und für einige Jahre steuerliche Gewinne garantiert. Die Zerstörung von Ökosystemen in Mexiko wie Wälder, Strände, Manglaren und Wüsten nimmt weiterhin beachtlich zu. Die mexikanische Umweltpolitik ist offensichtlich unfähig, diese Gemeinschaftsgüter zu schützen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist etwa das 2008 von der Regierung initiierte Megaprojekt der Wiederaufforstung „Proárbol“. Dieses Programm wird aufgrund von fehlenden Wiederaufforstungsstudien sowie mangelnder Transparenz der Geldmittel u.a. von Umweltorganisationen stark kritisiert.

Währenddessen konzentrierte sich die Grüne Ökologische Partei Mexikos (PVEM) darauf, eine populistische, groß angelegte Kampagne für die Einführung der Todesstrafe als Reaktion auf die zunehmende Zahl von Entführungsfällen ins Leben zu rufen – eine Forderung, die die Europäischen Grünen zu der Forderung veranlasste, diese Partei von den Global Greens auszuschließen. Diese Wahl-Kampagne, die mit den Gefühlen der Entführungsoffer und deren Angehörigen spielt, geschah vor allem vor dem Hintergrund der 2009 anstehenden Abgeordnetenwahlen, für die die PVEM Zustimmung und Öffentlichkeit sucht.

Auch das große in ganz Lateinamerika bestehende Konfliktpotenzial, das sich aus dem begrenzten Zugang zur knappen Ressource Wasser ergibt, hat 2008 in Mexiko zugenommen. So intensivierten sich die Kämpfe verschiedener sozialer Bewegungen, wie etwa das Verhindern des Staudammbaus

in Guadalajara. Als besonders problematisch stellt sich auch die Verschmutzung des Flusses Atoyac und des Beckens Valle de Chalco heraus, die beide dicht bevölkerte Gemeinden mit Trinkwasser versorgen und Bestandteil des jetzt stark gefährdeten Ökosystems der Region sind. Aber diese Kämpfe um Wasser hatten im Berichtszeitraum auch zwei bedeutsame Erfolge zu verzeichnen: Den gesetzlichen Schutz gegen den Staudammbau „La Parota“ und den Sieg der Organisationen, die gegen die Entsorgung der Hotel- und Fabrikabfälle in der Bucht Zihuatanejo im Bundesstaat Guerrero kämpften.

Das Korruptionsproblem hat innerhalb der letzten beiden Jahre um 42% zugenommen, mit steigender Tendenz. Nach *Transparencia Mexicana* „investieren“ mexikanische Privathaushalte im Schnitt 8% ihres Einkommens in Bestechung, bei den unteren Einkommensschichten sind es durchschnittlich sogar 18%. Das gleiche gilt für Mikrounternehmen, die ebenfalls einen großen Anteil ihres Einkommens für Bestechungsgelder ausgeben, und auch in staatlichen Institutionen ist Korruption weit verbreitet.

El Salvador

Auch in El Salvador hinterließ die Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Spuren: So lag der Preisanstieg des Rohöls während der ersten Jahreshälfte bei 37% im Vergleich zum Vorjahr, und die Inflationsrate erreichte im August 9.93 Punkte - den höchsten Stand seit zehn Jahren. Auch andere wirtschaftliche Daten weisen aufgrund der Abhängigkeit El Salvadors von der US-amerikanischen Wirtschaftslage deutliche Verschlechterungen auf: So gingen die Rücküberweisungen der MigrantInnen zurück, und auch die Arbeitsmarktsituation verschlechterte sich erheblich. Allein im November verloren im industriellen Sektor 7.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz.

Im Vorwahlkampf zu den Abgeordneten- und Präsidentschaftswahlen 2009 haben vor dem Hintergrund eines möglichen Machtwechsels die Parteien schmutzige und unfaire Kampagnen ins Leben gerufen. Die Regierungspartei ARENA startete, unterstützt von der größtenteils rechtsgerichteten Presse, eine Angstkampagne gegen die FMLN und spielte auf ihre Anfänge als Guerillabewegung an. Im Gegenzug verbreitete die Frente ein Image von ARENA als Partei von Drogenhändlern, Faschisten und Nationalisten.

Unzureichende Wahlgesetze und Wahlinstitutionen beeinflussen die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Die nicht unabhängige, sondern parteigebundene Besetzung der Obersten Wahlbehörde, das Fehlen eines Parteifinanzierungsgesetzes, das Residenzwahlrecht und die Medienmonopolisierung sind nur einige Punkte, die die aktuelle Situation charakterisieren. Trotz anders lautender Lippenbekenntnisse lehnen alle Parteien jedoch eine grundlegendere Reformierung ab.

Die Erwartungen auf einen politischen Machtwechsel in El Salvador (laut Umfragen in 2008) sind dennoch begründet und würden zweifelsohne einen grundlegenden Wechsel für die Salvadorianer_innen bedeuten. Er könnte auch zur Stärkung der Demokratie im Lande beitragen, und zwar nicht nur, in dem deutlich wird, dass ein Regierungswechsel in einem demokratischen System zu den Spielregeln gehört. Die Linke würde Gelegenheit haben zu beweisen, wie demokratisch ihre Absichten sind und wie bereit sie ist, Bürgerbeteiligung zu fördern. Und die Rechte würde Gelegenheit haben zu zeigen, dass sie auch in der Opposition demokratische Regeln einhält.

Nicaragua

In Nicaragua ist die politische Situation nach zwei Jahren Ortega-Regierung ziemlich kritisch, und 2009 wird - in Anbetracht der schwierigen politischen Krise im Land sowie der internationalen Wirtschaftskrise – ein schwieriges Jahr für die Regierung Daniel Ortegas werden. Sowohl die Europäische Union als auch die USA haben 2008 - in Reaktion auf den Betrugsverdacht bei den Gemeindevahlen im November, bei denen die FSLN die Mehrheit der Stimmen gewonnen hat - ihre finanzielle Unterstützung teilweise eingefroren (die EU hält 46 Millionen Dollar zurück und die USA froren ein Unterstützungsprogramm von 175 Millionen Dollar ein). Während der Wahlen ließ der Oberste Wahlrat Nicaraguas weder nationale noch internationale unabhängige Wahlbeobachter_innen zu. Die Opposition, die für ihre Forderungen nach Überprüfung des Verdachts auf Wahlbetrug keine institutionellen Wege finden konnte, verlegte die Proteste auf die Straßen. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die politische Krise nach den Wahlen zeigte sich allerdings nicht nur auf den Straßen, sondern lähmte auch den Kongress bis zum Jahresende. Angesichts dieser Situation bewilligte Präsident Ortega per Reformerschluss den Haushaltsplan, was von der Opposition als Verfassungsbruch und Missbrauch des Finanzadministrationsgesetzes gesehen wurde. Nicht nur das große Haushaltsdefizit, das u.a. auf die eingefrorene Hilfe aus dem Ausland und die sehr hohe Inflationsrate von 13,77% zurückzuführen ist, macht der Regierung Ortega wirtschaftlich zu schaffen, sondern auch die Unzufriedenheit der Unternehmer. Etwa 63% der Unternehmer sehen in der aktuellen Situation für Privatunternehmen eine Verschlechterung und 78% bewerten das Investitionsklima als ungünstig.

In Nicaragua, wo sich in den zwei Regierungsjahren Ortegas ein Klima von Intoleranz abzeichnet, herrscht keine demokratische Regierbarkeit. Der im Oktober – unmittelbar vor den Wahlen - verabschiedete nationale Plan für die menschliche Entwicklung (Plan Nacional de Desarrollo Humano) versucht, jegliche Form von Repräsentation durch die sogenannte „direkte Demokratie“, deren Durchsetzungsinstrument die neu geschaffenen Komitees der Bürgermacht sind, zu ersetzen. Der Wahlerfolg im November wird die Durchsetzung dieses Vorhabens erleichtern.

Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen - allen voran die autonome Frauenbewegung, deren Kritik sich vor allem am Verbot des therapeutischen Schwangerschaftsabbruchs entzündet hatte -, Medien und auch Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit haben ihre Kritik an diesen Entwicklungen, die die demokratischen Freiräume im Land einschränken, öffentlich kundgetan. Die Regierung hat auf verschiedensten Wegen und mit harter Hand gegen diese Proteste reagiert. Seit August hat die FSLN betende Gruppen auf Plätzen in der Hauptstadt organisiert. Sie repräsentieren keine Kirche im Besonderen, sondern verwenden Symbole, Mitteilungen und Musik verschiedener Religionen, die die Nachricht „Die Liebe ist stärker als der Hass“ verbreiten und beziehen sich damit, für alle deutlich, auf die Dissidenten der FSLN, die einen wichtigen Teil der Opposition ausmachen. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft gegen die wortreichsten und einflussreichsten ihrer Kritiker_innen verschiedene Strafverfahren eingeleitet, u.a. wegen angeblicher Geldwäsche und/oder wegen Beihilfe zur (verbotenen) Abtreibung. Parallel dazu versucht die Regierung mittels zum Teil klientelistischer Politik, ihre Anhänger_innen bei der Stange zu halten. Mit Mitteln aus Venezuela werden der öffentliche Nahverkehr sowie Strom und Wasser für die ärmsten Bevölkerungsteile subventioniert und Nahrungsmittel verteilt.

Der Opposition ist es bislang nicht gelungen, sich dagegen erfolgreich zu organisieren.